



18. Oktober 1977: die schwer verletzte Irmgard Möller wird zur Notoperation abtransportiert.



Ermittlungsarbeit: Blutspritzer an der rechten Hand von Andreas Baader



Spurensicherung: das Einschussloch in der Wand ist als Spur 4 in die Akten eingegangen.



Die RAF-Fotos in diesem verstaubten Koffer haben ein breites Medienecho ausgelöst.

Schwere Attacken gegen Clement

DÜSSELDORF (dpa). Trotz der Versöhnungsauffläre der SPD-Führung geht der Streit über einen Parteiausschluss von Wolfgang Clement unvermindert weiter. Der ehemalige Superminister lehnte erneut ab, auf Äußerungen gegen die Partei zu verzichten.

Der Vizevorsitzende der nordrhein-westfälischen SPD, Jochen Ott, forderte den früheren Bundeswirtschaftsminister und Ministerpräsidenten des Landes zum Parteiaustritt auf. Falls Clement sein parteischädigendes Verhalten nicht lassen wolle, „sollte er freiwillig gehen“, sagte Ott der „Frankfurter Rundschau“. „Es ist einfach seine unerträgliche Arroganz, sein Auftreten als Graf Rotz, die ihm nun zum Verhängnis wird.“ Ott verglich Clement mit dem früheren SPD- und heutigen Linke-Chef Oskar Lafontaine: „Beide haben einen absolut selbstverliebten Charakter.“ Ein Sprecher des SPD-Landesverbands bezeichnete die Äußerungen als „ganz persönlichen Kommentar“ Otts.

Es ist einfach seine unerträgliche Arroganz, sein Auftreten als Graf Rotz, die ihm nun zum Verhängnis wurde.

Der Vizevorsitzende der nordrhein-westfälischen SPD, Jochen Ott, über das Parteiausschlussverfahren gegen Wolfgang Clement

Der SPD-Vorsitzende Kurt Beck hatte erst am Montag erneut „Augenmaß“ und „Besonnenheit“ im Ordnungsverfahren gegen Clement angemahnt und gefordert, „Brücken zu bauen“ zwischen den Ausschlussbefürwortern und Clement. Clement lehnte die von ihm geforderte Erklärung eines Verzichts auf parteischädigende Äußerungen ab. „Was sie verlangen, ist ein Maulkorb für jeden Fall, selbst für den Fall, dass irgendeine SPD-Führung mit der Linkspartei/PDS zusammengeht. Das mache ich auf keinen Fall mit“, zitierte ihn das ZDF. Im hessischen Landtagswahlkampf hatte Clement wegen der SPD-Energiepolitik indirekt davor gewarnt, seine Partei zu wählen. Die Landesschiedskommission der nordrhein-westfälischen SPD beschloss deshalb auf Antrag mehrerer Ortsvereine seinen Parteiausschluss. Dagegen hat Clement Berufung angekündigt.

Der Ortsverein Bochum-Hamme, der das Verfahren gegen Clement in Gang gebracht hatte, beharrt auf einem Parteiausschluss. Da Clement sich weigere, den Verzicht auf parteischädigende Äußerungen zu erklären, sei es „ein Stück Selbstachtung der Partei, das zu sanktionieren“, sagte der Geschäftsführer des Ortsvereins, Martin Rockel. Gegen einen Parteiausschluss Clements sprachen sich die Baden-württembergische SPD-Vorsitzende Ute Vogt und der Chef der bayerischen SPD-Landtagsfraktion, Franz Maget, aus.

Kommentar: Der Provokateur Seite 3

Glos arbeitet an Gesetz für längere Laufzeiten

BERLIN (AP). Trotz des Widerstands der SPD treibt Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) die Abkehr vom Atomausstieg voran. In Eckpunkten für ein „Kernenergie-Nutzungsgesetz“ schlägt sein Ministerium eine Verlängerung der Atomlaufzeiten auf 40 Jahre vor, wie eine Sprecherin bestätigte. Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) reagierte empört. Er warf Glos einen Verstoß gegen den Koalitionsvertrag und Atomlobbyismus vor. Nach dem Atomkonsens aus dem Jahr 2000 ist die Laufzeit der 17 deutschen Atommeiler auf 32 Jahre begrenzt.

Eine von Glos eingesetzte Expertengruppe verlangt in dem Papier eine Verlängerung um mindestens acht Jahre. Begründet wird die Forderung mit der Energiepreisentwicklung. Blicke es bei den Beschlüssen des Jahres 2000, müsste bis 2020 doppelt so viel Strom aus teurem Erdgas erzeugt werden. Dies würde Verbraucher mit „mehreren Milliarden Euro zusätzlich“ belasten, hieß es. Kurzfristige Entlastung der Verbraucher versprechen sich die Experten von einem günstigeren Atomstromtarif, der „politisch flankiert“ werden könnte. Die Arbeitsgruppe will die Abkehr vom Atomausstieg „möglichst schnell – spätestens zu Beginn der nächsten Legislaturperiode“ 2009. Das Papier sei noch nicht mit Glos abgestimmt.

Umweltminister Gabriel reagierte mit scharfer Kritik. „Der Koalitionsvertrag ist eindeutig: Es bleibt beim Ausstieg aus der Hochrisiko-Technologie Atomkraft“, sagte der Minister. Nur Energieeffizienz und erneuerbare Energien könnten langfristige Preissteigerungen dämpfen sowie die Versorgung und die Klimaschutzziele sichern. Inzwischen arbeiten 250 000 Menschen in der Erneuerbaren-Energien-Branche, bis 2020 würden es 500 000. „Ein Wirtschaftsminister, der diesen Boom abwürgen will, hat den falschen Beruf“, sagte der SPD-Politiker. Längere Atomlaufzeiten würden weder Benzin- noch Strompreise senken, sondern nur zu höheren Gewinnen der Energieversorger führen.

BND sorgt sich um Sicherheitslücke

BERLIN (AFP). Der Bundesnachrichtendienst (BND) befürchtet einem Pressebericht zufolge, dass der US-Geheimdienst CIA sensible Daten über Mitarbeiter der BND-Auswertungsabteilung in Berlin erhalten haben könnte. Die mögliche Sicherheitslücke betrifft das System für eine sogenannte biometrische Zugangskontrolle zu dem BND-Standort im Stadteil Lichtenfelde, wie der „Stern“ berichtet. Die Bochumer Firma, die das System installiert habe, gehöre seit Februar 2004 einem US-Unternehmen mit auffälliger Nähe zur CIA. Zu den Managern dieses Unternehmens zähle seit 2002 ein früherer „Director of European Analysis“ der CIA.

Wirbel um die geheimen Fotos aus den RAF-Zellen

Starke Resonanz auf StZ-Bericht über Koffer mit Polizeibildern – „Spiegel“-Exchef Aust: Viele Indizien für das Abhören der Terroristen

Die geheimen Bilder aus den Zellen der RAF-Terroristen haben gestern ein breites Medienecho im In- und Ausland ausgelöst. Sie waren nach mehr als dreißig Jahren aufgetaucht und von der Stuttgarter Zeitung veröffentlicht worden.

Von Markus Heffner und Michael Ohnewald

Dass ihr Telefon des Öfteren klingelt, ist die Pressestaatsanwältin Bettina Vetter gewohnt. Die Flut von Anfragen, die gestern in ihrem Büro bei der Stuttgarter Staatsanwaltschaft in der Neckarstraße über sie hereingebrochen ist, übertrifft aber alles bisher Dagewesene. Deutsche, französische und österreichische Medien meldeten sich. „Das Telefon steht nicht mehr still, das Interesse ist riesengroß“, sagt die Pressestaatsanwältin. „Alle wollen wissen, wer die Bilder gefunden hat.“

Ausgelöst worden ist das Interesse durch den gestrigen Bericht der Stuttgarter Zeitung über rund 400 geheime Bilder aus den Zellen im siebten Stock der Justizvollzugsanstalt, die der Öffentlichkeit bisher nicht zugänglich waren. Die teilweise bedrückenden Fotos sind nach der Todesnacht von Stammheim in den Zellen von Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe aufgenommen worden und jetzt nach mehr als dreißig Jahren in einem Koffer aufgetaucht.

Die Abzüge stammen aus der Hinterlassenschaft eines Polizeifotografen. Gefunden wurden die Bilder vor anderthalb Wochen, als die Frau des 2005 verstorbenen Polizeimanns ihren Haushalt auflöste. Die erste Reaktion der Angehörigen war zunächst, die

Bilder im Reißwolf zu entsorgen. Ihm sei aber schnell klargeworden, dass es „wertvolle Zeitdokumente sind“, die neue Aspekte in dem spektakulären Fall liefern könnten, sagt einer der Beteiligten. Beim Versuch, das brisante Material „in die richtigen Hände zu übergeben“, hatte er nach eigenen Worten eine „nervenaufreibende Odyssee“ durchlebt. Gleich mehrfach sei er abgewiesen und als Spinner behandelt worden. So hatte er unter anderem beim „Stern“ angerufen. Dort habe man ihm mitgeteilt, er solle die Fotos doch mal vorbeischieken. Zudem habe er bei zwei prominenten Grünen-Politikern vorgesprochen, die sich ebenfalls nicht für seinen Fund interessiert hätten.

Was der Polizeifotograf, der sie gesammelt hat, mit ihnen wollte, bleibt ungewiss. Allem Anschein nach war der Mann, der für die Kriminaltechniker des Stuttgarter Polizeipräsidiums gearbeitet hat, am 18. Oktober 1977, dem Todestag der Topterroristen Baader, Ensslin und Raspe, nicht selbst in Stammheim, um die Bilder im Gefängnis zu machen. Er hat vielmehr später im Labor, wenn er keinen Einsatz als Polizeifotograf hatte, Abzüge von Bildern gemacht, die verschiedene Kriminaltechniker und Fotografenkollegen aufgenommen hatten. „Wir gehen derzeit davon aus, dass er mit der gesamten Entwicklungsarbeit beschäftigt war“, bestätigt die Pressestaatsanwältin Bettina Vetter. Nur so ist es zu erklären, dass sich in den jetzt entdeckten Schachteln nicht nur viele Fotos aus den Zellen befanden, sondern auch von der Notoperation der Terroristin Irmgard Möller sowie von Jan-Carl Raspe im Krankenhaus. Für einen Fotografen allein wäre es kaum möglich gewesen, diese Aufnahmen zu machen und später auch noch mehrere Obduktionen umfassend zu dokumentieren.

Sepp Kögel, bis zu seiner Pensionierung mehr als vierzig Jahre im Polizeidienst, zuletzt als Chefmittler der Stuttgarter Kriminalpolizei, kann sich noch gut an den Fotografen erinnern. „Das war für ihn ein wichtiger Abschnitt seines Lebens“, sagt Kögel. Vielleicht habe er es deshalb getan. In jener Zeit seien von der Bundesanwaltschaft, vom Landes kriminalamt und anderen Behörden immer wieder „Befundsaufnahmen“ angefordert worden. Die Negative waren damals in der Kriminaltechnik asserviert. Wahrscheinlich habe der Fotograf nebenbei ein paar Abzüge gemacht. Dass er einige davon verkauft und mit ihnen Geld gemacht hat, gilt als eher unwahrscheinlich. Die wenigen Fotos vom Morgen danach, die an der Staatsanwaltschaft vorbei an die Öffentlichkeit gelangt sind, hat der „Stern“ im Oktober 1980

veröffentlicht. Damals wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, um die undichte Stelle im Behördenapparat aufzufindig zu machen. Zuständig war Rainer Christ, heute stellvertretender Leiter der Generalstaatsanwaltschaft Stuttgart. Er kann sich noch gut daran erinnern, wie schwer es war, den Kreis derer einzugrenzen, die mit den Fotos zu tun hatten. Sogar die Wasserschutzpolizei habe einige der Fotos zeitweise in ihrem Bestand gehabt. Das Ermittlungsverfahren wurde schließlich ein Jahr später eingestellt. Alle weiteren Fotos aus dem brisanten Todesermittlungsverfahren blieben unter Verschluss.

Für die Bilder hatten sich vor allem Journalisten interessiert. Die Hoffnung, einen Blick auf die Zeitdokumente werfen zu kön-

nen, wurde durch die Botschaft genährt, dass die Todesermittlungsakten 2005 ins Staatsarchiv Ludwigsburg wanderten. Wer sie einsehen wollte, musste dies bei der Staatsanwaltschaft Stuttgart beantragen. Noch bevor der erste Antrag genehmigt wurde, sind die Akten allerdings wieder von den Strafverfolgern abgeholt worden. Wie gestern berichtet, wird zurzeit geprüft, ob es in dem Altfall neue Ermittlungen gibt. Konkret geht es um den Verdacht, dass einzelne Beamte aus dem Sicherheitsapparat von den Selbstmordplänen der Terroristen gewusst, sie aber nicht verhindert haben. Diese These war zuletzt durch einen Bericht des früheren „Spiegel“-Chefredakteurs Stefan Aust über verwanzte Gefängniszellen befeuert worden. Gegenüber der Stuttgarter Zeitung zeigte sich Aust überrascht davon, dass die Akten jetzt wieder bei der Staatsanwaltschaft sind. „Wenn in Stutt-

gart darüber nachgedacht wird, die Ermittlungen wieder aufzunehmen, finde ich das sehr interessant“, sagt Aust. Er habe in den vergangenen Jahren „sehr viele Indizien vorgelegt, die darauf hindeuten, dass mit sehr großer Wahrscheinlichkeit abgehört worden ist“. Wenn dies auch in der Todesnacht geschehen sei, gebe es eine indirekte Mitwisserschaft. „Dies wäre ein Vorgang, der die Staatsanwaltschaft auf den Plan rufen müsste.“

Austs These vom geduldeten Selbstmord kann Horst Bubeck bis heute nichts abgewinnen. Der 74-jährige Stuttgarter war vor dreißig Jahren als Vollzugsdienstleiter für den berüchtigten siebten Stock in Stammheim verantwortlich. „Stefan Aust will immer wieder im Gespräch bleiben – das ist alles“, sagt

Der ehemalige Justizvollzugsbeamte Horst Bubeck (links) kritisiert Stefan Austs These. Kripomann Sepp Kögel erinnert sich an den Polizeifotografen.

Fotos StZ (3), factum, Steinert, Stoppel, dpa

nen, wurde durch die Botschaft genährt, dass die Todesermittlungsakten 2005 ins Staatsarchiv Ludwigsburg wanderten. Wer sie einsehen wollte, musste dies bei der Staatsanwaltschaft Stuttgart beantragen. Noch bevor der erste Antrag genehmigt wurde, sind die Akten allerdings wieder von den Strafverfolgern abgeholt worden. Wie gestern berichtet, wird zurzeit geprüft, ob es in dem Altfall neue Ermittlungen gibt. Konkret geht es um den Verdacht, dass einzelne Beamte aus dem Sicherheitsapparat von den Selbstmordplänen der Terroristen gewusst, sie aber nicht verhindert haben. Diese These war zuletzt durch einen Bericht des früheren „Spiegel“-Chefredakteurs Stefan Aust über verwanzte Gefängniszellen befeuert worden. Gegenüber der Stuttgarter Zeitung zeigte sich Aust überrascht davon, dass die Akten jetzt wieder bei der Staatsanwaltschaft sind. „Wenn in Stutt-

Bubeck. Er habe dem „Spiegel“-Mann mehrfach gesagt, dass die Zellen von Baader und Ensslin nur 4,25 Meter voneinander entfernt lagen und es deshalb gar nicht nötig gewesen sei, die Terroristen abzuhören. Man habe sie auch so verstanden, wenn sie sich von Zelle zu Zelle unterhalten hätten. Als die Kontaktsperre galt, habe er die Justiz darauf hingewiesen, dass man die Kommunikation unter den Gefangenen nur unterbinden könne, wenn man sie verlege. Dies sei aber nicht angeordnet worden. Deshalb, so Bubeck, seien Platten mit acht Zentimeter dicken Schaumstoffmatten vor die Zellentüren gestellt worden. „Trotzdem konnten sie sich verständigen, wenn sie geschrien haben“, sagt der Pensionär. „Wieso sollte man sie also abhören?“ Er habe Aust gesagt, dass seine These Unsinn sei. „Aber das“, sagt Bubeck, „hat ihm nicht reingepasst.“

IMPRESSUM

STUTTGARTER ZEITUNG

Stuttgarter Zeitung
Verlagsgesellschaft mbH
Plieninger Straße 150, 70567 Stuttgart
Postfach 10 60 32, 70049 Stuttgart

Redaktion:

Chefredakteur: Joachim Dorfs
Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Joachim Worthmann

Chefs v. Dienst: Heinz W. Ruess, Michael Maurer
Redaktionelle Koordination: Martin Gerstner, Dr. Stefan Kister, Hilke Lorenz, Matthias Schmidt

Ressortleiter:
Innenpolitik/Politische Nachrichten: Dr. Joachim Worthmann; Außenpolitik: Adrian Zielcke; Dritte Seite: Heinz Beekmans; Südwestdeutsche Zeitung: Thomas Breining; Wirtschaft: Michael Heller; Stadt und Region Stuttgart: Achim Wörner; Thomas Durchdenwald; Kultur: Tim Schleider; Sport: Peter Stolterfoht; Wissenschaft: Dr. Alexander Mäder

Berliner Redaktion: Armin Käfer

Leitende Redakteure:
Thomas Borgmann (Kommunalpolitik), Josef-Otto Freudenreich (Chefredakteur), Holger Gayer (Region), Dr. Stefan Geiger (Politischer Korrespondent), Michael Ohnewald (Reportagen Region), Reiner Ruf (Landespolitik), Dirk Steining (Art Director), Sibylle Thelen (Wochenendbeilage)

Anzeigen und Sonderthemen:

Stuttgarter Zeitung
Werbevermarktung GmbH & Co. KG
Plieninger Straße 150, 70567 Stuttgart
Postfach 10 60 32, 70049 Stuttgart

Anzeigenleitung: Armin Gross, Anita Benesch (stv.)
Sonderthemen: Heinz Heinemann (Redaktion), Werner Swoboda (Anzeigen)

Es gilt die Anzeigenpreislise Nr. 35 v. 1. 1. 2008.

Druck:

Pressehaus Stuttgart Druck GmbH
Plieninger Straße 150, 70567 Stuttgart
Postfach 10 60 32, 70049 Stuttgart
Wir verwenden Recycling-Papier und sind nach DIN EN ISO 9001:2000 und DIN EN ISO 14001:2005 zertifiziert.

Vertrieb:

ZVS Zeitungsvertrieb Stuttgart GmbH
Plieninger Straße 150, 70567 Stuttgart
Postfach 10 55 62, 70048 Stuttgart

Monatlich Bezugspreis frei Haus durch Zusteller oder bei Postzustellung € 24,50 (einschließlich 7 % MwSt.). Portokosten für Reisenachsendungen täglich: Inland € 0,70, Ausland € 1,55. Abbestellungen sind bis zum 5. eines Monats auf Monatsende schriftlich an den Vertrieb zu richten. Bei einer zusammenhängenden Bezugsunterbrechung von drei Wochen wird der anteilige Bezugspreis zurückerstattet. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt, Streik oder Aussperrung besteht kein Anspruch auf Entschädigung.

Jeder Freitagausgabe – bei Feiertagen abweichend – liegt das Fernsehmagazin „rtv“ bei. Sonntags wird Abonnenten im Hauptverbreitungsgebiet die 7. Ausgabe „Sonntag Aktuell“ zugestellt. Bei Postbeziehung liegt „Sonntag Aktuell“ der Montagsausgabe bei.

Telefon:

Zentrale und Redaktion07 11 / 72 05 - 0
Anzeigen0 18 03 / 07 07 07*
Leserservice0 18 01 / 66 55 66*
Reisenachsendung0 18 01 / 66 55 66*
Probe-Abonnement0 80 00 / 14 14 14

Fax:

Redaktion07 11 / 72 05 - 12 34
Anzeigen0 18 03 / 08 08 08*
Leserservice07 11 / 72 05 - 86 65
*(0 18 01: 0,039 €/Min. 0 18 03: 0,09 €/Min.)

E-Mail:

Redaktionredaktion@stz.zgs.de
Anzeigenanzeigen@stz.zgs.de
Leserservicevertrieb@stz.zgs.de

Online:

www.stuttgarter-zeitung.de
www.stuttgarter-zeitung.de/digitalabo
www.stuttgarter-zeitung.de/anzeigenbuchen
Die Stuttgarter Zeitung ist amtliches Publikationsorgan der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse.